

Ä7 Positionspapier des KLJB-Diözesanverbands Rottenburg-Stuttgart zum Thema „fair handeln – fair konsumieren!“

Antragsteller\*in: Pia Haid

## Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 126 bis 135:

Ist- Situation:

Billigfleisch zu Dumpingpreisen: Dies geht jedoch immer zu Lasten des Tierwohls.

~~Um aktuell konkurrenzfähig zu bleiben, müssen Lebensmittelhändler tierische Produkte zu einem billigen Preis anbieten. Das hat zur Folge, dass viele Nutztiere in kürzester Zeit gemästet, nicht tierwohlgerecht und auf engstem Raum gehalten werden, da sich eine artgerechtere Haltung für Landwirte oft nicht oder nur begrenzt rentiert. Diese Art der Tierhaltung überschreitet keine rechtlichen Grenzen, da die Mindeststandards in der Tierhaltung sehr niedrig angesetzt sind. Das bedeutet~~

Vor allem die großen Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels haben eine große Verantwortung bezüglich der Preisgestaltung für Lebensmittel.

Um im breiten Markt konkurrenzfähig zu sein, sind aktuell viele LandwirtInnen dazu gezwungen, ihre (tierischen) Produkte zu bedenklich niedrigen Preisen abzugeben. Wenn zu niedrige Marktpreise vorherrschen kann das auch zur Folge haben, dass das Tierwohl darunter leidet. Dies ist nicht nur ein ethisches, sondern auch ein ökologisches und ökonomisches Problem. Die auf Niedrigpreise und Lockangebote ausgerichtete Werbung des Lebensmitteleinzelhandels in Deutschland ist äußerst kritisch zu sehen und muss vom Handel unterlassen werden. Wenn Lebensmittel unter dem Einkaufspreis aus Marketinggründen verkauft werden, führt das dazu, dass der wahre Wert der Lebensmittel in Vergessenheit gerät. Das bedeutet auch, dass das Angebot von Billigprodukten oft überwiegt und in vielen Supermärkten nur wenige Produkte aus „guter“ Haltung angeboten werden.

Von Zeile 138 bis 140:

als Lebewesen wahrgenommen und auch so behandelt werden. Uns ist es ebenso wichtig, dass die Landwirte, wie es oft geschieht, nicht als ~~Schuldige~~ die Schuldigen abgestempelt werden. Durch angemessene Preise für tierische Lebensmittel wollen

## Begründung

Nicht LandwirtInnen sind "schuld" an zu niedrigen Preisen, sondern in ganz wesentlichem Ausmaß der Lebensmitteleinzelhandel und seine Preispolitik/Marketing. Daher, auf Hinweis unserer Bundesvorständin Sarah, folgender Änderungsantrag.